

Busch, Matthias

Auf dem Weg zu einer demokratischen Schulkultur

mateneen : Praxishefte Demokratische Schulkultur (2018) 1, S. 5-8



Quellenangabe/ Reference:

Busch, Matthias: Auf dem Weg zu einer demokratischen Schulkultur - In: *mateneen* : Praxishefte Demokratische Schulkultur (2018) 1, S. 5-8 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-167150 - DOI: 10.25656/01:16715

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-167150>

<https://doi.org/10.25656/01:16715>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License:

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and render this document accessible, make adaptations of this work or its contents accessible to the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Auf dem Weg zu einer demokratischen Schulkultur

Prof. Dr. Matthias Busch

„Beim Nachdenken über Perspektiven der Schulentwicklung muss die Vision einer demokratischen Schule, einer lebendigen Schule im demokratischen Staat und das mit ihr verbundene Menschenbild handlungsorientierend werden. Die Schule der Zukunft muss in ihren Gestaltungsprozessen, in ihrem Alltagsleben selbst ein Stück weit gelebte Demokratie sein.“ – HARTMUT WENZEL

„Demokraten fallen nicht vom Himmel.“ Diese Feststellung des deutschen Politikwissenschaftlers Theodor Eschenburg scheint uns heute selbstverständlich. Auch dass Schule und Unterricht bei der demokratischen Bildung von Kindern und Jugendlichen eine besondere Verantwortung tragen, wird niemand bestreiten. Doch was heißt das konkret? Wie kann Schule die demokratischen Kompetenzen von Schüler*innen systematisch fördern?

Demokratiebildung ist zunächst keine Angelegenheit, die an einzelne Fachlehrende mit Expertenstatus oder den Politikunterricht abgetreten werden könnte, sondern Aufgabe des gesamten Schulpersonals. Insbesondere die Werte, Handlungsweisen, Normen und Vorstellungen, die Unterricht und Schulleben prägen, sind der entscheidende heimliche Lehrplan, der demokratisches Denken und Handeln formt. Wie demokratisch Schulen gestaltet sind, welche informellen Lerngelegenheiten und partizipativen Erfahrungsräume sie bieten und welches Bewusstsein über die Bedeutung einer demokratischen Schulkultur in der Schulgemeinschaft existiert, sollte daher nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern verbindliche Aufgabe von Schulentwicklung sein.

Schule als demokratischer Lernort

Schulen sind der Mikrokosmos, in dem Kinder und Jugendliche lernen können,

was es heißt, ein aktiver, verantwortungsbewusster Bürger zu sein. Im pädagogischen Schonraum der Schule können sie einen demokratischen Habitus entwickeln und jene demokratischen Handlungsfähigkeiten im Kleinen erproben, die sie in den gesellschaftlichen Handlungsfeldern benötigen. Hierzu gehören beispielsweise die Anerkennung demokratischer Prinzipien, die Bereitschaft zu Teilhabe und Verantwortungsübernahme, politisch-gesellschaftliche Sachkenntnis, Urteils- und Konfliktfähigkeit, Dialogbereitschaft und die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme.¹ In den schulischen Gremien und Partizipationsstrukturen können Kinder und Jugendliche Einsichten in grundlegende demokratische Entscheidungsprozesse und die Bedeutung von Kategorien wie Pluralismus, Repräsentation oder Rechtstaatlichkeit gewinnen, die in der „großen Politik“ oft abstrakt und lebensfern bleiben. Dabei geht es nicht darum, unterkomplexen Vorstellungen einer Basisdemokratie das Wort zu reden oder den Anschein zu erwecken, durch demokratische Beteiligung würden alle Konflikte dauerhaft und harmonisch gelöst. Vielmehr muss Schülerpartizipation wo notwendig auch konfrontativ ausgetragen, müssen reflexive Einsichten in die Komplexität moderner repräsentativer Demokratien gefördert werden.

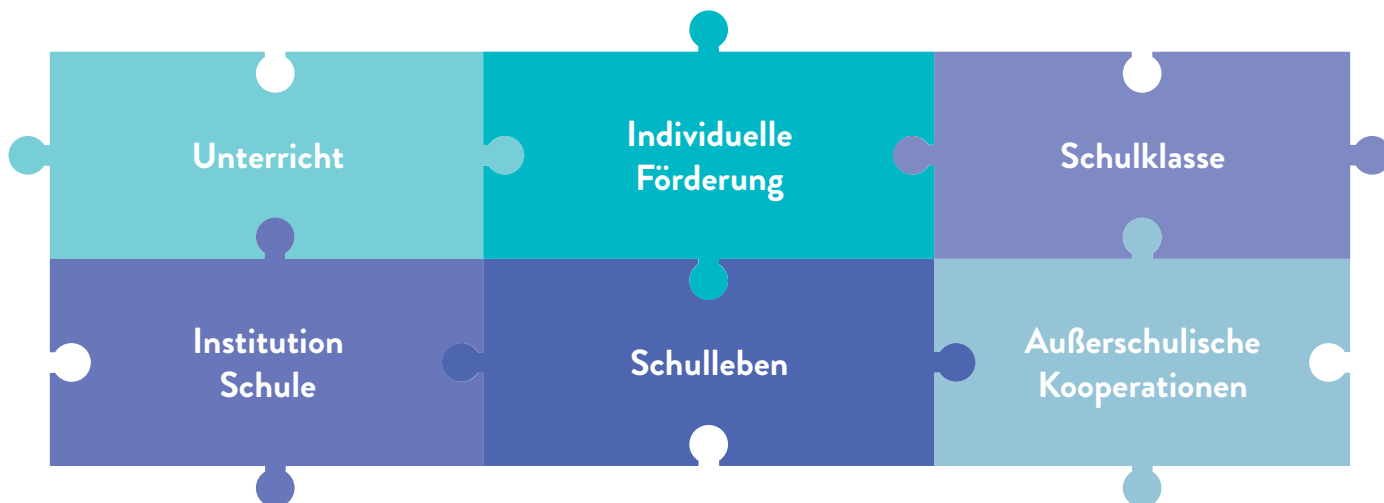
Die Relevanz einer demokratischen

John Dewey

John Dewey (1859-1952) gilt als Begründer handlungs- und projektorientierten Lernens („learning by doing“). In „Demokratie und Erziehung“ (1916) fordert er eine demokratische Gestaltung von Schule und Unterricht, in der Demokratie als gesellschaftliche Lebensform erfahren und erlernt werden könne.

Schulkultur ist nicht zuletzt deshalb für die politische Bildung so entscheidend, da Schule als einzige Institution die Chance besitzt, alle Kinder und Jugendlichen unabhängig ihrer familiären und soziokulturellen Herkunft zu erreichen und damit als „embryonic society“ (**John Dewey**) gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und Kontroversen im sozialen Nahraum zu repräsentieren sowie Zusammenhalt und Perspektivwechsel in der heterogenen Gesellschaft zu fördern. Als eine der zentralen Sozialisationsinstanzen kann sie zudem systematisch eine Vernetzung zu

„Die Förderung demokratischer Kompetenzen und Einsichten ist Aufgabe der Schule und jedes Unterrichtsfachs“



Handlungsfelder demokratischer Schulentwicklung

Demokratische Kompetenzen können auf ganz unterschiedlichen Ebenen gefördert werden. Die sinnvolle Vernetzung der Handlungsfelder zeichnet erfolgreiche demokratische Schulen aus.

Non-formale Bildung

Unter **non-formaler Bildung** wird beabsichtigtes, freiwilliges und selbstgesteuertes Lernen außerhalb klassischer Bildungsinstitutionen (**formale Bildung**), beispielsweise in Vereinen oder Jugendhäusern, verstanden, während **informelle Bildung** die beiläufige Selbstbildung in unmittelbaren Lebenszusammenhängen umfasst.

anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern durch die Öffnung von Schule, die Kooperation mit der **non-formalen Bildung** und die Unterstützung realer Partizipation in Gemeinde und Zivilgesellschaft anleiten und ermöglichen.

Demokratiepädagogische Angebote und Lerngelegenheiten

Die Förderung demokratischer Kompe-

tenzen und Einsichten ist Aufgabe der Schule und jedes Unterrichtsfachs. Sie gelingt, wenn Schule insgesamt, das heißt in Schulleben, Unterricht und Schulstrukturen, Schüler*innen demokratische Lernchancen und Teilhabe ermöglicht. Hilfreich sind ein demokratiepädagogisches Leitbild und eine schulische Praxis, die eine demokratisch-partizipative Schulkultur systematisch im Alltagsleben der Schulgemeinschaft verankern und von dieser getragen und gestaltet werden. Die **Demokratiepädagogik** stellt für die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur auf verschiedenen Handlungsebenen vielseitige Methoden und Konzepte zur Verfügung (vgl. Abb.). Insbesondere der Unterricht, das Klassenleben, die Gestaltung des Schullebens und individuelle Förderangebote sowie außerschulische Kooperationen bieten wichtige Ansatzpunkte einer demokratischen Schulentwicklung. Daneben benötigt eine erfolgreiche demokratische Schul-

kultur eine systematische Vernetzung der unterschiedlichen Bauformen zu einem transparenten demokratiepädagogischen Gesamtkonzept, das von Schulleitung und Schulpersonal verbindlich unterstützt wird.

Neben diesen niedrigschweligen Zugängen und Gelegenheitsstrukturen benötigen Kinder und Jugendliche allerdings auch eine Instanz, die sie in ihrer politischen Sozialisation begleitet und dabei unterstützt, schulische Partizipationserfahrungen, soziale Sachverhalte, gesell-

Demokratiepädagogik

Demokratiepädagogik umfasst handlungs- und erfahrungsorientierte Konzepte zur Förderung demokratischer Kompetenzen, insbesondere durch die demokratische Gestaltung von Lernkultur, Schulleben und außerschulischen Lerngelegenheiten.

Das Politische erschließt sich nicht von allein oder aus der Praxis heraus. Aktion ohne Reflexion wird zum Aktionismus und fördert Fehlverstehen.

schaftliche Probleme und die politische Systemlogik fachlich zu reflektieren. Das Politische erschließt sich nicht von allein oder aus der Praxis heraus. Aktion ohne Reflexion wird zum Aktionismus und fördert Fehlverstehen. Zentraler Ort für politische Reflexion ist in der Regel der Politikunterricht, aber auch Coaching- und Begleitangebote beispielsweise für Klassen- und Schülersprecher*innen können demokratische Lernprozesse fördern. Hier erwerben Schüler*innen jene poli-

tischen Sach-, Handlungs- und Urteils-kompetenzen, die ihnen dabei helfen, als mündige Bürger*innen an Gesellschaft und Politik partizipieren zu können.

Damit sich eine demokratische Schulkultur in Gänze entfalten kann, muss schließlich auch die Unterrichtskultur in eine demokratische Schulentwicklung einbezogen werden. Der heimliche Lehrplan, der mit einem lehrerzentrierten Unterricht transportiert wird, in dem Schüler*innen keine Möglichkeit der Mitgestaltung erkennen können und das rechtliche Verhältnis zwischen Lehrperson und Lernenden als Unterordnung und autoritär erleben, ist weit wirkungsmächtiger als die an anderer Stelle punktuell eingeräumte demokratische Mitsprache im Schülercomité oder Politikunterricht.

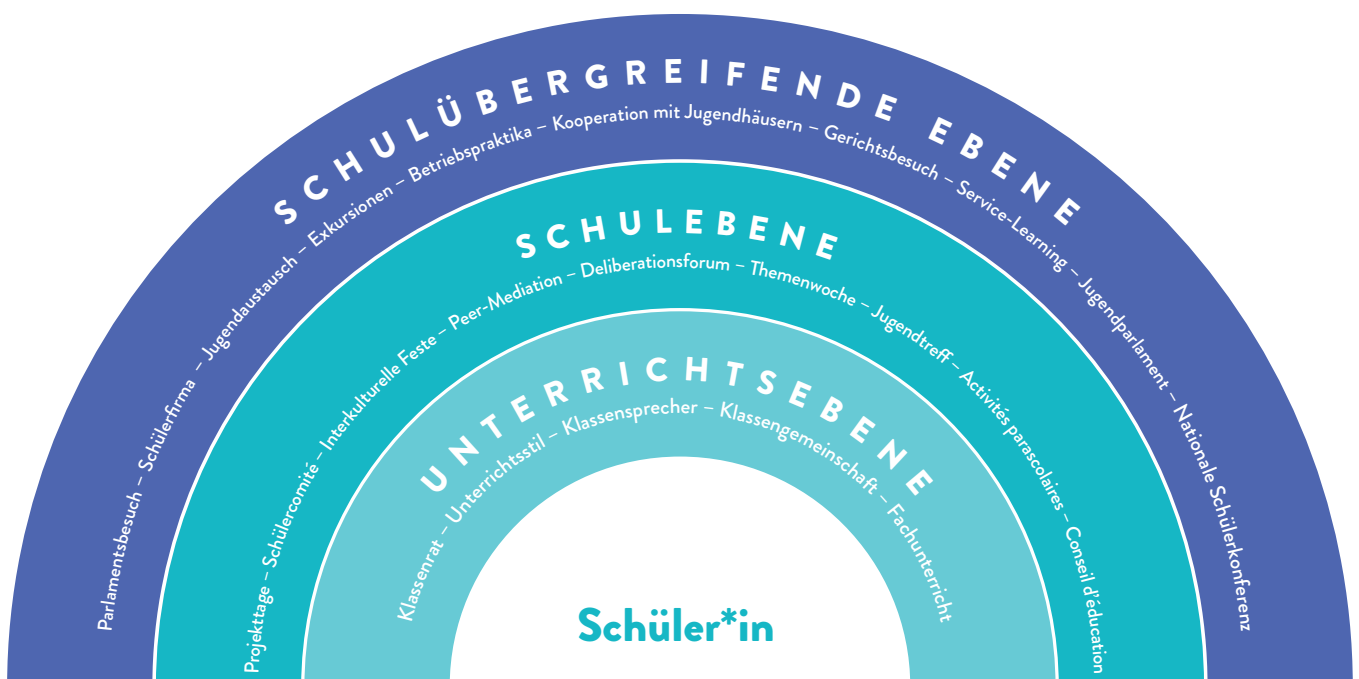
Kurt Lewin

Der Psychologe **Kurt Lewin** (1890-1947) unterscheidet zwischen einem demokratischen, autoritären und Laissez-faire-Erziehungsstil, wobei der erste die Entwicklung von Kindern zu Eigenverantwortung und Kreativität unterstütze, die anderen tendenziell zu Verunsicherung, Aggressivität und Frustration führten.

Ein demokratischer Unterrichtsstil, wie ihn **Kurt Lewin** bereits in den 1930er Jahren beschrieben hat, bezieht die Schüler*innen dagegen in die unterrichtlichen Entscheidungen ein, begründet Ziele, ist am Feedback interessiert und gibt Verantwortung an die Lernenden ab.

Demokratiepädagogische Praxisformen

Um demokratische Kompetenzen zu stärken bieten sich vielfältige Gelegenheiten in Unterricht, Schulleben und Zivilgesellschaft an.



© Matthias Busch

Der heimliche Lehrplan, der mit einem lehrerzentrierten Unterricht transportiert wird, in dem Schüler*innen keine Möglichkeit der Mitgestaltung erkennen können und das rechtliche Verhältnis zwischen Lehrperson und Lernenden als Unterordnung und autoritär erleben, ist weit wirkungsmächtiger als die an anderer Stelle punktuell eingeräumte demokratische Mitsprache im Schülercomité oder Politikunterricht.

Demokratische Schulentwicklung

Damit die Chancen eines demokratischen Erfahrungs- und Handlungsraums in der Schule genutzt werden können, bedarf es einer gezielten Schulentwicklung, die die vorhandenen Ressourcen sinnvoll ausbaut und vernetzt. Neben einer klaren Positionierung der Direktion, die das Ziel einer demokratischen Schulkultur teilt und die Umsetzung fördert (Top down), sollten in die konzeptionelle und praktische Ausgestaltung möglichst alle Schulangehörigen einbezogen werden (Bottom up). Eine solche Teilhabe bietet sich einerseits an, da so die Stärken, Ideen und Interessen der Schulgemeinschaft genutzt und die konkreten Planungen den spezifischen Anforderungen und Bedürfnissen der Beteiligten am besten angepasst werden können. Andererseits kann eine solche „kooperative Schulentwicklung“⁴² als gemeinsamer Lernprozess wahrgenommen werden, in dem Schulpersonal, Eltern und Schüler*innen gemeinsam Verantwortung für das Schulleben übernehmen und gerade Kinder und Jugendliche sich als Expert*innen ihrer Lebenswelt anerkannt und gehört fühlen.³ Das heißt nicht, dass alle Wünsche erfüllt, alle Visionen umgesetzt werden. Aber bereits der gemeinsa-

me Aushandlungsprozess kann Perspektivwechsel, gegenseitige Verständigung und Verständnis, mithin demokratisches Lernen fördern.

Die Entscheidungsfindung, wie und welche demokratischen Praxisformen und Strukturen auf den skizzierten Ebenen einer demokratisch-partizipativen Schulkultur eingeführt, vernetzt und nachhaltig implementiert werden, sollte den spezifischen Bedingungen vor Ort angepasst werden. Dabei ist es ratsam, die schulischen Gremien und die Schulgemeinschaft frühzeitig über die Pläne einer demokratischen Schulentwicklung zu informieren und allen Beteiligten beispielsweise durch eine **Potentialanalyse** die Möglichkeit einzuräumen, ihre Vorstellungen, Bedürfnisse und Kritik in den Planungsprozess und ein gemeinsames demokratiepädagogisches **Leitbild** einzubringen. Durch kreative Verfahren wie die **Open Space-Methode** oder die **Zukunftswerkstatt** können die gesamte Schulgemeinschaft oder einzelne Gruppen auf vielfältige Weise in die konzeptionelle Ausarbeitung und Umsetzung einbezogen werden. Die unterschiedlichen Prozesse und Vorhaben sowie entsprechende Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung oder das Hinzuziehen von externen Berater*innen

Leitbild

In einem **Leitbild** oder **Schulprogramm** beschreibt die Schulgemeinschaft ihre pädagogischen Selbstverständnisse, Werte, Ziele und thematischen Schwerpunkte. Als Orientierungshilfe für die eigene Arbeit und für Außenstehende sollte auch das demokratiepädagogische Konzept mit seinen aufeinander abgestimmten Methoden und demokratischen Strukturen in Unterricht, Schulleben und Schulorganisation festgehalten werden.

sollten dabei durch eine von der Direktion beauftragte Steuergruppe koordiniert und organisiert werden.

Wenn auf diese Weise die Schulgemeinschaft in kleinen Schritten und mit langem Atem die Gestaltung des Schullebens als gemeinsame Aufgabe erlebt und verantwortet, wird das Ziel einer demokratischen Schulkultur bereits im Schulentwicklungsprozess lebendig.

- 1 Vgl. Gerhard Himmelmann (2016): Demokratie Lernen: als Lebens- Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. 4. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- 2 Vgl. hierzu Sibylle Rahm (2010): Kooperative Schulentwicklung. In: Thorsten Bohl, Werner Helsper, Heinz Günter Holtappels und Carla Schelle (Hg.): Handbuch Schulentwicklung. Theorie, Forschungsbefunde, Entwicklungsprozesse, Methodenrepertoire. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S. 83–86.
- 3 Vgl. Volker Reinhardt (2009): Partizipative Schulentwicklung. Ein Beitrag zur Demokratiepädagogik und zur Evaluation von Schulkultur. In: Wolfgang Beutel und Peter Fauser (Hg.): Demokratie, Lernqualität und Schulentwicklung. Demokratie als schulpädagogischer Entwicklungsbegriff. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 127–150.



Prof. Dr. Matthias Busch
Politikwissenschaft
Universität Trier

Matthias Busch ist Professor für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften. Er lehrt und forscht u.a. zur Demokratiepädagogik, Europabildung und Geschichte der politischen Bildung.